

Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2009

Politikbereich: Familie

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen	CDU/ CSU	FDP	Die Linke	SPD	DCV
Kindergeld / Kinderzuschlag / Kindergrundsicherung	Eigenständige und bedingungslose Kindergrundsicherung für alle Kinder, die besteuert wird (115)	Anhebung des Kindergeldes; ohne Angabe konkreter Beträge; Kindergeld ab dem dritten Kind verbessern (29) Verbesserung des Kinderzuschlages, um erwerbstätige Eltern vor Grundsicherung zu bewahren (30)	Kindergeld 200€ pro Kind, wenn keine Nutzung des Kinderfreibetrages (7)	Erhöhung des Kindergeldes auf 200€ und Einführung einer Kindergrundsicherung unabhängig vom Aufenthaltsstatus (15) Kinderzuschlag in ärmeren Familien erhöhen, insb. bei Alleinerziehenden (15) Kinderzuschlag und Kindergeld zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung zusammenführen und ausbauen (11)	Kinderzuschlag in Verbindung mit Wohngeld weiterentwickeln; Wahlrecht zwischen Kinderzuschlag und Wohngeld auf der einen und Grundsicherung auf der anderen Seite (18)	Einkommensabhängige Kindergrundsicherung über bedarfsgerechte Kinderregelsätze und deutliche Ausweitung des Kinderzuschlags : Wahlrecht zwischen ALG II und Kinderzuschlag + Wohngeld, Abschaffung der Höchststeinkommengrenze, Auslaufen des Kinderzuschlags mit Abschmelzrate 30 %. (umfassender Forderungskatalog in „neue caritas“ 109 (2008) 17, S. 25-48)
Kinderregelsätze	Regelsätze erforderlich, die tatsächlichen Bedarf abdecken. (115)			Eigenständiger Regelsatz für Hartz IV Empfänger (bis 5 Jahre 276€, bis 11 Jahre 332€, bis 18 Jahre 358€) (15)		bedarfsgerechte Kinderregelsätze in Kombination mit befähigenden Sachleistungen.
Elterngeld	Bedarfsgerechter Sockelbetrag für Geringverdienende und Studierende (116) Ziel: Paritätische Aufteilung der Elternzeit zwi-	Weiterentwicklung durch Einführung eines Teilerntergeldes, d.h. Wahl zwischen vollem und halbem Elterngeldmonat; Teilerntergeldbezug bis max. 28 Monate (29)	Elterngeld an Bruttoerwerbseinkommen knüpfen (35) Mindestelterngeld an die Empfänger von ALG II überprüfen (35)	Elterngeldkonto, 12 Monate pro Elternteil, Alleinerziehende 24, kann bis zum 7. Lebensjahr genommen werden, Mindestleistung auf 450€ anhe-	Elterngeld und Partnermonate weiterentwickeln/ausweiten; Eltern sollen gleichzeitig Elterngeld und Elternzeit in An-	Stellungnahme zu den Wirkungen und dem Reformbedarf beim Elterngeld erfolgt Anfang August über die BAGFW

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen	CDU/ CSU	FDP	Die Linke	SPD	DCV
	schen Mutter und Vater (117)			ben, finanziert aus BürgerInnen Versicherung (15)	spruch nehmen können (33)	
Betreuungsgeld	Ablehnung Betreuungsgeld (115)	Befürwortung Betreuungsgeld (29)	Ablehnung Betreuungsgeld (35)	Ablehnung Betreuungsgeld (115)		Das Betreuungsgeld wird in der Konstruktion als Ersatzleistung für die Nichtinanspruchnahme von öffentlicher Kindertagesbetreuung abgelehnt.
Steuerlicher Grundfreibetrag	Aus Anhebung des Regelsatzes für das ALG II ergibt sich Erhöhung des Grundfreibetrags von derzeit 8004 auf 8500 Euro (52)	Grundfreibetrag von 8.004 € für Erwachsene und Kinder (11)	Grundfreibetrag von 8004 € für Erwachsene und Kinder (6 f)	Grundfreibetrag auf 9300,-€ anheben (18)	Umgestaltung der Kinderfreibeträge in einen Kindergrundfreibetrag, der alle Kinder einkommensunabhängig gleich fördert (27)	Die vom DCV geforderte Erhöhung der Kinderregelsätze hat eine Erhöhung des Kinderfreibetrages zur Folge. Eine weitere Erhöhung des Kinderfreibetrages birgt jedoch Probleme in der Verteilungswirkung, weil davon insbesondere einkommensstärkere Familien profitieren. Der Kindergrundfreibetrag (SPD) stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken.
Ehegattensplitting	Ehegattensplitting im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zugunsten einkommensorientierter Kindergrundsicherung abschaffen (116) steuer- und sozialpolitischen Familienformenneutralität (117)	Ehegattensplitting voll erhalten (Bekennnis zur Ehe als Kern der Familie) (11)		Individuelle Besteuerung durch Umwandlung des Ehegattensplittings (15, 26)	Ehegattensplitting so verändern, dass für beide Partner Erwerbsanreize gegeben sind, die Steuerlast zwischen den Eheleuten gerecht verteilt wird und der Splittingvorteil bei hohen Einkommen gekappt wird (33)	
sonstige steuerrechtliche Aspekte	Eine Steuerklasse mit einem Tarif, persönlichen Freibeträge entsprechend	Steuerpolitik: „leistungsgerecht, familiengerecht, generationengerecht und krisen-	Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und Pflegekosten bis	Ausweitung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 7%		DCV kritisch gegenüber Steuersenkungsversprechen, um die Handlungs-

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen	CDU/ CSU	FDP	Die Linke	SPD	DCV
	anpassen. Ziel Individualbesteuerung (53)	fest* (9) Ablehnung von Steuererhöhungen, auch auf Energiepreise (9) Familiengerechte Ausgestaltung der Erbschaftssteuer (11)	12.000€/Jahr; Steuerklasse V abschaffen (7)	auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder (19)		fähigkeit des Staates für seine sozialen Aufgaben zu erhalten.
Familienhilfe	Frühe Hilfen ausbauen (114) Gutes Netz von sozialen Diensten gerade für Alleinerziehende (115)	Weiterentwicklung von Angeboten der Familienbildung und der Erziehungs- und Familienberatung – für Eltern und Großeltern (30) Mütter- und Väter-Kind-Kuren als Kassenleistung belassen (30) Wirksames Netz früher Hilfen (31)				Spezifische Förderung von Familien in besonderen sozialen Schwierigkeiten oder langjähriger Abhängigkeit von Grundsicherungstransfers (z.B. Haushaltsorganisationstraining, Ausbau früher Hilfen). Spezifische Förderung von armen Familien mit Migrationshintergrund.
Vereinbarkeit von Familie und Beruf		Ziel: „Familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien“ Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern durch: <ul style="list-style-type: none"> • Familienbedingte Teilzeit, • Abgestufte Teilzeit nach Erziehungsfreistellung, • Kinder-Bonuszeit, • Zeitkonten, • Telearbeitsplätze, • Familienphasen für Mütter und Väter für die Betreuung der Kinder, aber auch von Pflegebedürftigen → Vorbildfunktion des öffentl. Dienstes (30)	Elternzeit flexibler gestalten (35)	Arbeitszeit allgemein verkürzen, für bessere Vereinbarung von Familie und Beruf (5, 6)	Vereinbarkeit von Beruf und Familie einführen: Arbeits-Wertguthaben-Langzeitkonto um flexible Entnahme für Weiterbildung, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen (19); Anspruch auf Teilzeitarbeit auch befristet mit einer Mindestdauer von 2 Jahren für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (21)	Für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere auch für Alleinerziehende.

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen	CDU/ CSU	FDP	Die Linke	SPD	DCV
Kinderbetreuung	<p>Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr und ein bedarfsdeckendes Angebot an Kitas und Kindergärten (113)</p> <p>Zugang zu Förderung (KITA) unabhängig von Berufstätigkeit der Eltern</p> <p>KITA: Elternbeiträge nach Einkommen staffeln und schrittweise abbauen Erster Schritt Betreuungsjahr für jedes Kind gebührenfrei. (114)</p>	<p>Kindergartenbesuch langfristig beitragsfrei(30)</p>	<p>Bildungs- und Betreuungsgutscheine ab dem ersten vollendeten Jahr einführen, Stärkere Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen, Kindertagesstätten hin zu „Familienzentren“; Pro Vielfalt von Trägern, d.h. auch privat-gewerblichen (46)</p>		<p>Anspruch auf Ganztagesbetreuung (33)</p> <p>Ausbau der Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren (33)</p>	<p>Der Ausbau von Kitas zu Familienzentren wird unterstützt.</p> <p>Damit es allen Kindern möglich ist, Angebote für Erziehung, Bildung und Betreuung zu nutzen, müssen diese mittelfristig beitragsfrei angeboten werden. Auf jeden Fall sollte das erste Jahr der institutionellen Betreuung beitragsfrei gestaltet werden.</p> <p>Hinsichtlich der öffentlichen Förderung von privat-gewerblichen Anbietern wird die Gefahr einer größeren sozialen Segregation gesehen. Der Ausbau von Betriebskindergärten wird unterstützt.</p>
sonstige familienpolitische Forderungen	<p>Familien- und Kindschaftsrecht überprüfen, ob es den veränderten Lebensformen mit und von Kindern noch gerecht wird (117)</p> <p>Vielfalt der Familienformen anerkennen und angemessen fördern (117)</p> <p>Übernahme von Behandlungskosten für Reproduktionsmedizin (117)</p>	<p>Sinkende Kinderzahlen nicht zur Verringerung der Ausgaben für Familien, Kinder oder Bildung nutzen sondern zur Erhöhung der aufgewendeten Mittel pro Kind (30)</p> <p>Familienleistungen „aus einer Hand“ (30)</p> <p>Unterstützung von Alleinerziehenden (30)</p> <p>Keine rechtliche Gleichstel-</p>	<p>Früherkennungsuntersuchungen fördern, Kindeswohlgefährdung verringern; Modelle der Frühprävention stärken (35)</p> <p>Gewährung des staatlichen Unterhaltsvorschlusses bis zur Volljährigkeit ermöglichen; Bezugsdauer auf 36 Monate verkürzen (35)</p> <p>Geförderte private Al-</p>	<p>Unterhaltsvorschlüssen nicht beim Wohngeld anrechnen; volle Anrechnung des Kindergeldes rückgängig machen und zeitliche Beschränkungen bei der Bezugsberechtigung abschaffen (11)</p> <p>Solidarausgleich in gesetzlicher Rente stärken: Kinderbetreuung, Pflege</p>	<p>Unterhaltsvorschlüssen flexibel gestalten (33)</p> <p>Erziehungsarbeit ausbildungstechnisch und in der Entlohnung aufwerten (23)</p> <p>Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften der Ehe gleichstellen</p>	

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen	CDU/ CSU	FDP	Die Linke	SPD	DCV
	Gemeinschaftliche Adoption durch eingetragene Lebenspartnerschaften und auf Dauer angelegte nicht-eheliche Lebensgemeinschaften ermöglichen (118)	<p>lung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften sowie von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit der Ehe (29)</p> <p>Entlastung von Familien mit behinderten Mitgliedern von Bürokratie; Erhöhung des Behindertenpauschbetrags (30)</p> <p>Kindererziehung noch besser in der Rente berücksichtigen (22)</p>	<p>tersvorsorge auch für Selbständige, Kindererziehungszeiten berücksichtigen (17)</p> <p>Rechte der Lebenspartnerschaften stärken (36)</p>	<p>und niedrige Löhne aufwerten (14)</p> <p>alle Familienformen gleichstellen: Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare einführen.</p>	(36)	
Gleichberechtigung/Frauen	<p>40 Prozent Frauenanteil in Aufsichtsräten. Einführung Gleichstellungsgesetz für den privaten Sektor (50)</p> <p>Steigerung der Frauenerwerbsquote durch Umbau Sozialversicherungen und Steuersystem, perspektivisch die vom Partner abgeleiteten Ansprüche zugunsten einer individuellen Absicherung abschaffen. Gewaltschutzgesetz Beratungsstellen und Frauenhäuser bleiben aber weiterhin notwendig. Frauenhausfinanzierung muss staatliche Pflichtaufgabe werden, der Bund muss gemeinsam mit den Ländern wirksamen Schutz und Unterstützung gewaltbetroffener Frauen und Kinder sichern (184)</p>		Grundsatz der Geschlechtergleichstellung uneingeschränkt umsetzen (37)	Gegen die Benachteiligung von Frauen vorgehen durch Gleichstellungsgesetz (5, 7)	Gleichberechtigung: Lohnlücke zwischen Männern und Frauen schließen, Frauenquote für Führungskräfte einführen (18)	Für ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen in Führungspositionen (Bei der Caritas selbst werden 50 % angestrebt. Delegiertenversammlung 2008, neue caritas 109 (2008), 20, S. 31ff, Anm. 24.)

Thema	Bündnis 90/ Die Grünen	CDU/ CSU	FDP	Die Linke	SPD	DCV
Schwangerschaft/Geburt	Schwangerschaftskonfliktsituationen: Pflichtberatung wird abgelehnt, ebenso strafrechtliche Verfolgung von Abbrüchen ab. Einfacher Zugang zur „Pille danach“ (185)		Schaffung einer Rechtsgrundlage zur anonymen Geburt (37) Künstliche Befruchtung allen Menschen unabhängig vom Familienstand rechtlich offenstehen (36)	Abschaffung der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen (41)		